

Annahme-Bureau
In Posen aufier in der
Expedition dieser Zeitung
(Wuppelstr. 16.)
H. C. F. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Griesen bei H. Spindler,
in Grätz bei T. Streiland,
in Breslau b. Emil Kabatz.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau
In Berlin, Dresden,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wies-
bei G. T. Danne & Co.,
Faaßenstein & Vogler,
Rudolph Hoff.
In Berlin, Dresden, Grätz
beim „Invalidentenk.“

Nr. 179.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal
erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 48 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 12. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Preis: 20 Pf. für jeden Abonnenten; 30 Pf. für den
Kaufmann, wenn er die Zeitung für die Expedition
bestellt; 40 Pf. für den Einzelnen, wenn er die Zeitung
direkt bestellt; 1 Mark für den Einzelnen, wenn er die Zeitung
für den Verkauf bestellt.

1878

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung.

Berlin, 11. März. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, v. Kameke und zahlreiche Kommissarien.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Ersparnisse an den von Frankreich für die deutschen Okkupationsstruppen gezahlten Verpflegungsgeldern. Aus den Ersparnissen sollen 26,763,900 M. für folgende Zwecke verwendet werden: 1) für Preußen 3,000,000 M. zur Bildung eines Garantiefonds der Lebensversicherungsanstalt für die Armee und Marine; 1,500,000 M. für einen Unterstützungsfonds für Offiziere und Offiziersanwärter; 7,215,000 M. in einem Unterstützungsfonds für Unteroffiziere; 2,550,000 M. zur Errichtung von Freistellen im Kadettenkorps; 3,013,000 M. für die Erziehung von Unteroffizierskindern resp. Zuschüsse für das Militär-Waisenhaus in Potsdam und das Erziehungsinstitut zu Annaburg; 2,520,000 M. für Generaldienstmöblierungen und Offizierspfeifeanstalten; 2) für Sachsen 613,500 M. zum Unterstützungsfonds für Offiziere und Unteroffiziere und 593,700 M. für die Unteroffizierschule in Marienberg; 3) für Württemberg 113,500 M. für dieselben Zwecke wie in Preußen. Ferner für die Verlegung und Erweiterung der Kriegsakademie in Berlin 1,200,000 M. Baiern erhält 3,374,100 M. Außerdem wird die nachträgliche Genehmigung folgender Posten gefordert: zur Erbauung einer Konservenfabrik für das deutsche Heer in Mainz 4,500,000 M., zum Ankauf eines Gebäudes für das Generalkommando des preussischen 3. Armeekorps 1,090,467 M. und für die sächsische Unteroffizierschule in Marienberg 403,776 M.
Kriegsminister v. Kameke: Der Gesetzentwurf stellt das Ersuchen an Sie, die bezeichneten Ersparnisse zu einer Reihe dringender Bedürfnisse der Militärverwaltung zu bewilligen. Zu verhandeln sind die Ersparnisse lediglich der umsichtigen Verwaltung des Oberkommandeurs der Okkupationsarmee. Die Verwendungsdarstellung rechtfertigt sich durch die eigenthümliche Entstehungsart der Ersparnisse, wie aus der Dringlichkeit der Zwecke. In letzterer Beziehung muß ich auf die Verhältnisse des Unteroffizierskorps zurückkommen. Der Stand der Kapitulanten hat sich in letzter Zeit vermehrt, wohl vorzugsweise infolge der geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften aus anderen Gebieten, aber bei weitem nicht in dem Maße, daß den Bedürfnissen des Dienstes in vollem Umfange genügt wird. Die Heranbildung eines tüchtigsten Unteroffizierskorps bleibt nach wie vor eine der hervorragendsten Aufgaben der Militärverwaltung. Es soll den Kapitulanten beim Uebertritt in Zivildienste eine Beihilfe gewährt werden und die bessere Fürsorge für Wittwen und Waisen soll auch ältere Leute zum Kapitulieren veranlassen. Der durch das Reichsmilitärgesetz vorgesehene dritte Sekondeleutnant bei einem Theil der Kompagnien ist noch nirgend vorhanden, vielfach fehlt sogar noch der zweite. Es ist ein noch größerer Mangel dieser geringen Zahl zu befürchten, wenn nicht durchgreifende Hilfe gewährt wird; diesen Zweck sucht das Gesetz zu erreichen, indem es einen Unterstützungsfonds schafft, um auch Unbemittelten den Eintritt in das Fortkommen in der Armee zu ermöglichen. Für diese beiden großen Zwecke und für die mit beiden in Verbindung stehende Lebensversicherung disponirt das Gesetz über Kapitalien und fordert zur einmaligen Verwendung Summen für den Bau der Kriegsakademie und zur Beschaffung von Dienstwohnungen für Generale. Außerdem wird die nachträgliche Genehmigung der Ausgaben nachgefordert, welche im guten Glauben an ihre Zulässigkeit geleistet sind (nämlich 4,500,000 M. für die Konservenfabrik in Mainz und 1,090,467 M. für den Ankauf eines Dienstgebäudes für das Generalkommando des 3. Armeekorps). Ich weiß nicht, wie Sie beschließen wollen; die Militärverwaltung hat ein tiefgehendes Interesse an einer eingehenden und wohlwollenden Prüfung der Vorlage.
Abg. Richter (Hagen): Der Rechnungshof erklärt, trotz wiederholten Monitions habe er die Vorlage der Rechnungen über die Verpflegungsgelder nicht erlangen können. In einem Rechnungshofgesetz sind gegen die Wiederholung solcher Weigerungen Vorbehalten zu treffen, damit nicht wiederum Dutzende von Millionen Bestände sich Jahre lang der Kenntnis des Reichstages und Rechnungshofes entziehen. Die Motive geben über die Entstehung dieser Ersparnisse nur sehr ungenügende Auskunft. Wohnie wirklich dem Oberkommando solche besondere Eigenschaften auf finanziellen Gebiete bei, so müßte man solche Talente in der jetzigen Finanzlage ins Reichsfinanzamt stellen, sie könnten durch Ermäßigung des Militärersatzes und vielleicht über die finanziellen Schwierigkeiten hinweghelfen. Aber die Anlegung der mainzer Konservenfabrik für 4 1/2 Millionen Mark, welche 5 Jahre nach Aufhören der Okkupation noch nicht fertig geworden, spricht nicht für die gerühmte Umsicht, sondern nur dafür, daß ein gewisser Enthusiasmus für die Erdsmurk, wodurch sich das dritte Armeekorps vor der übrigen Armee stets ausgezeichnet, einen exzentrischen Ausdruck gefunden hat. (Heiterkeit) Freilich die Truppen der Okkupationsarmee hatten über ihre Verpflegung auch nicht zu klagen; die Offiziere und Beamten am wenigsten. Letzteren hat man Gratifikationen gewährt, welche bis zur Höhe von Dotationen stiegen, beiseitsweise hat der Verwalter des Fonds 90,000 Mark Dotation erhalten. Nur der Oberkommandeur hat in seiner persönlichen Beziehung zu dem Fonds gestanden. Unter dem Titel Naturalverpflegung soll man den Offiziersfamilien deutsche Erziehertinnen nachgeschickt haben und selbst Schmutzrechnungen für diese zu Geschenken sollen aus dem Fonds bestritten sein. Der Fonds scheint dadurch entstanden, daß man sonstige Mehrkosten der Okkupation im Betrage von 60 Millionen Mark aus der allgemeinen Kriegskostenentschädigung gebet hat, daß man die Vorräte der abziehenden Truppen gegen billige Taxe übernahm, daß die Naturalienpreise in Frankreich rasch erheblich fielen, der Preisstand sich verminderte und daß endlich diese Ersparnisse sechs Jahre hindurch durch Zuschlag der Zinsen gewachsen sind. Ueber die stattgehabten Verwendungen, über die Zulässigkeit einer Indemnitätvertheilung werden mir erst urtheilen können, wenn vollständige Rechnungen vorliegen. Was von den noch disponiblen 27 Millionen aufgelaufene Zinsen sind, muß geleglich in den Etat eingestellt werden. Die übrigen Kapitalien stehen wie alle Kriegsentwädigungsgelder zur allgemeinen Verfügung. Die Analogie des Pauschquantums oder der Selbstbewirtschaftungsfonds trifft hier nicht zu. Wenn in den Motiven von einem Erwerb der Armee als solcher die Rede ist, so paßt das aber auf Anschaffung eines Condottiere, als auf deutsche Armeeverbältnisse. Solche Anschaffungen können Herrn v. Kameke von seinem Vorgänger übernommen sein, sie werden auch nur historisch in den Motiven angeführt. Ich kann mir nicht denken, daß Herr v. Kameke selbst bei den klaren Anschauungen über Budgetrecht, die ihn auszeichnen, sie jemals getheilt hat. Wir wollen formell für die beabsichtigten Verwendungen keine Kapitalien reserviren und wollen diese Verwendungen auch budgetmäßig nur zum Theil genehmigen. Allerdings um den Unteroffizieren den Uebergang in Zivilverhältnisse zu

erleichtern, würde ich geneigt sein, 300,000 Mark in das Budget einzustellen, auch wenn diese Kapitalienfonds nicht vorhanden wären. Aber alle Verwendungen sollen nur zum Besten der Berufssoldaten erfolgen und zwar in der Weise, daß man die Ergänzung von Offizieren und Unteroffizierskorps möglichst aus den Familien bisheriger Offiziere und Unteroffiziere herbeiführen will. Nicht Unbemittelten schlechthin, sondern nur unbemittelten Offiziersfamilien soll für ihre Söhne der Eintritt in die Offizierslaufbahn durch Unterstützungsfonds, Freiplätze im Kadettenhaus und Lebensversicherungs-Einrichtungen erleichtert werden. Alles dieses befördert die Abschließung des Offizierskorps von anderen bürgerlichen Kreisen. Die Offizierspfeifeanstalt kommt hinzu, um auch außerhalb des Dienstes die Verbindung mit anderen Kreisen fernzubalten. Wenn trotz solcher Einrichtungen das Offizierskorps in der letzten Zeit populärer geworden ist, so hat das der Krieg, die Wechselbeziehung während desselben mit dem Volke und die Erweiterung des Offizierskorps auf andere deutsche Staaten mit sich gebracht. Hüthen wir uns, durch Einrichtung neuer Schranken eine größere Absonderung wieder herbeizuführen. Es paßt am wenigsten für eine Volksarmee wie die deutsche. Segen den Luxus bei der Einrichtung von Offizierspfeifeanstalten hat in der Budget-Kommission einmal der Abgeordnete von Benda sich ausgesprochen; ähnliches gilt von Dienstwohnungen der Generale. Man baut nahezu Schlösser, auf die die Gehälter dieser Herren nicht passen, nöthigt sie zu größerer Repräsentation und erleichtert also die Herren nicht, sondern wird ihnen schließlich höhere Gehälter bewilligen müssen, bios weil man sie in so große Dienstwohnungen gesetzt hat. (Sehr wahr!) Wollen wir für das Militär bauen, so sind andere Garnisonanstalten im Anschluß an alte Kasernen weit dringlicher, z. B. die Befestigung ungesunder, Typus und Augenkrankheiten fördernder Anlagen, die Herstellung von Exercierhäusern, Reitbahnen, Lazarethen, Turnanstalten, kurzum von Einrichtungen, welche Offizieren und Mannschaften gleichmäßig zu Gute kommen. Will man eine Beheiligung des Reiches an Lebensversicherungs-gesellschaften für Beamte herbeiführen, so kommen nicht bios Offiziere, sondern auch andere Beamte in Betracht und muß man auch auf ganz anderen Grundplätzen vorgehen. Für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen giebt es besondere Pensionen, für Hinterbliebene von Beamten, die im Zivildienst ihr Leben verloren, ist in dieser Weise nicht gefordert. Manche der hier gestellten Forderungen sind also für uns unannehmbar aus prinzipiellen Gründen; zu einer Verständigung in anderer Richtung sind wir der Militärverwaltung gegenüber nicht abgeneigt. Nachdem schon so große Fonds aus dem französischen Kriege ohne erheblichen Streit hier vertheilt worden sind, möchten wir durch Einigung in der Budgetkommission auch bei diesem letzten Fonds aus dem französischen Kriege unergütliche Debatten vermeiden. Zu einer Einigung werden wir um so mehr gelangen, wenn die Militärverwaltung einerseits mehr dem allgemeinen Finanzinteresse Rechnung trägt, andererseits nur die Befriedigung solcher militärischer Bedürfnisse verlangt, welche allgemein anerkannt sind und hinsichtlich derer die Forderung der Militärverwaltung mit den allgemeinen Volksinteressen zusammenfallen. (Lebhafte Beifall links.)
Abg. Graf v. Moltke: Ich glaube, daß Sie aus den Motiven der Vorlage genügend entnommen haben, wie die Ersparnisse entstanden sind, um die es sich hier handelt; ich habe nur wenig Worte zu sagen über die Qualität dieser Gelder. Als der General v. Manteuffel das Oberkommando über die Okkupationsarmee in Frankreich übernahm, vermittelte er auf privatem Wege mit den maßgebenden Persönlichkeiten des französischen Gouvernements ein Abkommen dahin, daß statt der früheren Naturalleistungen fortan ein bestimmter Geldsatz pro Kopf und Pferd für die Armee gezahlt werden sollte. Daß dieser Satz hoch normirt gewesen ist, scheint mir das Verdienst des Generals von Manteuffel zu sein. Dank seiner vortrefflichen Fürsorge und der vortrefflichen Verwaltung seines Militärintendanten, des Herrn Engelhardt, gelang es, den Truppen, die damals ihren Kameraden in die Heimath nicht folgen konnten, inmitten einer durchaus feindlich gestimmten Bevölkerung eine befriedigende Existenz auf fremdem Boden zu schaffen; es erhielten die Leute eine ganz ausreichende Portion, außerdem eine Geldzulage, die ihnen auch den Genuß von Wein gestattete, der ja in Frankreich auch dem ärmsten Arbeiter zugebilligt wird und der so sehr dazu beigetragen hat, den guten Gesundheitszustand der Truppen zu erhalten. Für den direkten Zweck einer guten Ernährung wurde damals in Mainz die Konservenfabrik gegründet, die später eine größere Ausdehnung erhalten hat und der Armee für alle Zukunft die erprießlichsten Dienste leisten wird, schon im Frieden bei allen größeren Versammlungen und für einen etwaigen Krieg. Ich würde hier auf diesen Gegenstand nicht weiter eingehen, wenn nicht der Enthusiasmus für die Erdsmurk berührt wäre. Die Konserven haben den großen Vortheil, daß sie diejenigen Elemente, Erweißstoffe und Kohlenhydrat in den beinahe genannten Verhältnissen enthalten, welche notwendig sind zur Ernährung eines arbeitenden Mannes. Jede willkürlich gewählte Mahlzeit enthält von dem einen zu viel, von dem andern zu wenig; das erstere geht nutzlos verloren das andere fehlt an der Ernährung. Die Konserven haben dann den großen Vortheil, daß sie transportabel sind, daß der Mann auf mehrere Tage seine Verpflegung bei sich tragen kann und sie haben den ferneren Vortheil, daß sie in sehr kurzer Zeit bereitet werden. Wie oft kommt es vor, daß eine Truppe bei dem stundenlangen Abmarsch alarmirt wird, den Inhalt des Kessels ausschütten und hungrig weiter marschiren muß. Die Konserven haben einen Nachtheil, den, daß sie theuer sind; aber wenn man von einem Menschen die höchste geistige und körperliche Anstrengung fordert, dann darf er nicht hungern, im Felde ist seine Verpflegung zu theuer, außer eine schlechte. (Sehr richtig!) Es ist bereits angeführt, daß auch für die Beamten, für die Frauen und Kinder der Verheiratheten gesorgt wurde und ich glaube, daß das nur zu billigen ist. Die Offiziere, welche alle Lebensbedürfnisse sehr theuer bezahlen mußten, erhielten außer ihrer Feldzulage noch einen nach ihrer Gage bemessenen Zuschuß. Daß ein solcher Zuschuß von dem Oberkommandirenden selbst nicht beanprucht ist, ist bereits ausgesprochen und dafür danke ich dem Herrn Redner. Der sehr bedeutende Betrag, wie er sich nach der Charge des Oberkommandirenden und für eine 25jährige Dauer normirt haben würde, ist in den Ersparnissen mitenthalten. Der General von Manteuffel ist, wie alle unsere Generale nicht reicher aus Frankreich zurückgekehrt, als wie er hineingemarschirt ist. (Lebhafte Bravo.) Wenn ein Truppenheil Ersparnisse an seinem Menagefonds macht, so verbleiben diese bestimmungsmäßig zu seiner Verfügung. Hier handelt es sich um eine große Menageersparnis, die ein Theil der Armee gemacht hat, eine schon in ihrem Entstehen durchaus interne Sache der Truppenverwaltung. Es kann ja nicht in Frage gestellt werden, daß der General Manteuffel vollständig befugt war, alle die Summen, die ihm vermöge des getroffenen Abkommens zufließen, auch vollständig an die Truppen zu verausgaben. Er konnte die Ersparnisse summarisch an

die vier Divisionen vertheilen, oder er konnte jedem Mann 5 Sar. noch zulegen; dann war heute von Ersparnissen nicht die Rede. Er hat das nicht für zweckmäßig erachtet nicht für gut, weil dadurch die Aufrechterhaltung einer strengen Disziplin, wie sie selbst von unseren Gegnern, den aufrichtigen wenigstens, anerkannt worden ist, erschwert worden wäre; er wollte eben aus dem Aufenhalte in Frankreich nicht eine Art Capua für seine Truppen machen. Er hielt es für richtiger, das was ein Theil der Armee erspart hatte, zum Nutzen und Frommen der ganzen Armee zurückzulegen. In diesem Sinne sind, soweit ich weiß, schon während der Okkupation erhebliche Summen an das preussische und das sächsische Kriegsministerium abgeführt worden. Aber, m. H., auch nach Aufhören der Okkupation war nach meiner Ansicht die Militärverwaltung vollkommen berechtigt, alle diese Gelder zum Nutzen der Armee nach ihrem Gutdünken auszugeben, so lange nämlich, wie das Pauschquantum Geltung hatte. Heute steht unstrittig dem Reichstage das Recht zu, über die Verwendung dieser Gelder mitzubestimmen. M. H., die Milliarden hat die Armee erobert, die Millionen hier hat sie erspart und, möglicherweise erspart nicht an Staats- und Reichsmitteln, sondern an ihren eigenen Mitteln. Ich glaube, m. H., ich darf Ihre Gerechtigkeit, jedenfalls Ihre Billigkeit in Anspruch nehmen, wenn ich Sie bitte, diese Gelder der Armee ganz und ungeschmälert zu belassen für Zwecke, die sie als notwendig und höchst wünschenswerth anerkennt und für die sonst neue Bewilligungen beim Reichstage beantragt werden müssen. (Lebhafte Beifall.)
Abg. v. Benda: Die Vorlage wird voraussichtlich der Budgetkommission überwiesen werden, und es ist deshalb gut, wenn wir erst deren Berathung abwarten, bevor wir weiter über die Sache debattiren. Der Abg. Richter hat Unrecht, wenn er sagt, ich hätte in der Budgetkommission mich gegen die Offizierspfeifeanstalten ausgesprochen. Ich habe nur gelegentlich gegen die zu luxuriöse Einrichtung der Offizierskasinos mich ausgesprochen, kann es aber mit der Praxis des Hauses nicht in Einklang bringen, daß derartige Vorgänge aus den Kommissionen hier im Plenum erzählt werden und so nach Außen irriige Meinungen hervorbringen. Jedenfalls wird die Budgetkommission die Entstehungsgeschichte dieses Fonds sehr eingehend zu prüfen haben.
Abg. Dr. Lucius: Es handelt sich hier um Ersparnisse, die lediglich das Verdienst der Militärverwaltung sind, und die Vorlage ist ein Beweis für die korrekte, ja konstitutionelle Auffassung des Budgetrechts des Reichstages seitens der Militärverwaltung. Aus diesen Ersparnissen folgt für die Militärverwaltung zwar kein wirkliches, aber ein moralisches Recht, die Ersparnisse für militärische Bedürfnisse zu verwenden. Die vorgeschlagenen Verwendungszwecke sind mir sympathisch; es handelt sich ja lediglich um die Sorge für Hinterbliebene und die Ausbildung und Erziehung der Offiziers- und Unteroffizierskorps. Die geforderten Speiseanstalten für Offiziere sind lediglich eine Art Konsumverrein, die es ermöglichen, besser und billiger zu leben als andernwärts. Jedenfalls ist die Vorlage zur Kommissionsberathung ganz besonders geeignet.
Kriegsminister v. Kameke: Es handelt sich hier um Ersparnisse nicht an Reichsgeldern, sondern um Ersparungen der Truppen an französischen Geldern, und ich darf wohl nochmals betonen, daß Billigkeitdrücklichen dafür sprechen, die Gelder der Armee zur freien Verwendung zu überlassen.
Abg. Reichensperger (Erfeld): Es handelt sich hier nicht um Armeeeigenthum, sondern um Reichseigenthum, über welches die gesetzlichen Vertreter des Reichs zu disponiren haben. Allerdings hat die Armee diese Ersparnisse gemacht, aber der Abg. Moltke hat selbst erklärt, daß es den Truppen trotz der Ersparnisse an nichts gekehrt habe und daß man aus Frankreich ein Kapua für die Truppen gemacht haben würde, wenn die ersparten Summen auch noch verausgabt worden wären. Obgleich ich nicht verkenne, daß Billigkeitdrücklichen für die Vorlage sprechen, wird doch die Kommission zu erwägen haben, daß man Dienstwohnungen für die höheren Militärs forbert, während die hohen Zivilbeamten keine solche besitzen und daß angelehnt der Finanzlage der Einzelstaaten und der Kommunen die größte Sparsamkeit geboten ist.
Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage einstimmig der Budgetkommission überwiesen.
Das Haus tritt nunmehr in die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers ein. Es liegen für dieselbe keine Abänderungsanträge vor, die auch nach den Entscheidungen der zweiten Berathung keine Aussicht auf Annahme haben würden und die nachfolgende Verhandlung hat, nachdem dreitägige erscheinende Debatten vorangegangen, überwiegend den Zweck einer Auseinandersetzung der Parteien untereinander und der Motivirung ihrer Abstimmung über das Gesetz im Ganzen, die auf den Antrag von Lucius eine namentliche sein und die Fortschrittspartei und das Zentrum als Gegner des Gesetzes erweisen soll. Daß die Polen sich an der Abstimmung überhaupt weder im Stadium der zweiten Berathung betheilig haben, noch heute an derselben betheilig werden, weil nach ihrer Ansicht die Angelegenheit ein deutsches Internum ist, das sie nicht angeht und in das sie daher nicht eingreifen mögen, erklärt Abg. v. Czarlinski vorweg. Alsdann verlangt das Wort der
Abg. v. Reist-Regow: Bei der zweiten Berathung hat der Abg. Windthorst eine Mahnung an die konservative Partei über ihre Stellung zu diesem Gesetz ergeben lassen. Wenn sie auch weiß, daß es noch vieler Arbeit bedarf, um ihr Ziel zu erreichen, so kann sie doch diese an sie gerichtete Mahnung nicht für angemessen ansehen. Wir werden die liberalen Parteien, wenn sie mit uns gehen wollen, nicht zurückweisen, ebenso wenig wie der Abg. Windthorst das thun würde. Wenn gefragt ist, ob wir jedes Ministerium unterstützen würden, so scheint dabei Zeit und Situation verwechselt worden zu sein. Es handelt sich hier gar nicht um Ministerien, sondern um den Bundesrath. Wir werden niemals die Personen als solche angreifen, um ihnen Schwierigkeiten zu machen, oder andere Personen, die uns lieber sind, an ihre Stelle zu setzen.
Abg. Windthorst: Das Gesetz ist nicht für den Bundesrath, sondern gegen denselben gerichtet; es sanktionirt die Möglichkeit einer dem Bundesrath entgegenstehenden Entwicklung. Die Vorlage ist deshalb so bedeutungsvoll, weil sie eine Generalvollmacht zur Organisation der Reichsbehörden in einem so weiten Rahmen ertheilt, daß man hineinschreiben kann, was man will, ohne daß der Reichstag sich das Recht der Einwirkung darauf gewahrt hat. Eine Organisation der Reichsbehörden ist zwar erforderlich, aber sie hätte unter Zustimmung des Reichstages geschehen und dem Bundesrath diejenigen Garantien geben müssen, welche ihm zukommen. Wir werden daher gegen das Gesetz stimmen, wenn auch ungern, denn wir hätten lieber an der Organisation mitgewirkt. Ich habe den Konservativen keinen Vorwurf daraus gemacht, daß die liberalen Parteien mit ihnen stimmen, ich freue mich, wenn die liberalen Parteien so stimmen, daß ein konservativer Mann mit ihnen gehen kann; ich zweifle aber, ob da,

wo die Konserverativen mit den Liberalen gestimmt haben, wirklich Konserverative Interessen vorliegen.

Die Generaldiskussion wird geschlossen und die Spezialdiskussion über § 1 und 2 beginnt.

Abg. v. **Reis-** **Regow** ist keineswegs überzeugt, daß das Zentrum nur schweren Herzens gegen die Vorlage stimmen wird. Die Anträge der Partei auf Streichung der Worte „auf Antrag des Reichskanzlers“ in § 1, und auf die Unverträglichkeit des Amtes des Stellvertreters mit einem anderen Staatsamt beweisen, daß sie das Gesetz gern beträchtlich eingeschränkt hätte.

Abg. **Dernburg**: Bei der letzten Aeußerung des Abg. Windthorst ist mir der Gegensatz sehr lebhaft geworden, in dem das, was er heute sagt, zu dem steht, was er uns in der vorigen Sitzung vorgetragen. Ob das eine Wandlung in seiner Ansicht ist, oder ob inzwischen die Dinge sich verschoben haben, wird er ja gewiß nicht unterlassen uns mitzuteilen. Heute hat er gesagt, die Vorlage lehre das ganze bestehende Recht um und entsetze den Bundesrath aus seinen bestehenden Rechten. Die Stellung, die der Bundesrath in den Rechten des Herrn Windthorst einnimmt, ist keine beneidenswerthe. Die Herren werden immer so hingestellt, als hätten sie sich dupiren lassen und bedürften seiner Hilfe, damit die Sache noch einmal an den Bundesrath gelange und damit er, aufgeklärt, die Sache anders mache. (Sehr gut!) Wenn das die Freunde des Bundesrathes thun, dann weiß ich nicht, welche Stellung sie den Gegnern einräumen wollen. Gerade die Bemerkungen Windthorst's setzen den Bundesrath am meisten herunter. Das vorige Mal hat er ausdrücklich erklärt, die jetzige Vorlage formulire nur gesetzlich die thatsächlichen Verhältnisse. Wie soll man das mit seinen heutigen Aeußerungen in Einklang bringen. Ich kann darin nur den Beweis eines Vorgehens finden, welches die Vorlage von allen Seiten hehrührt, um ihr Durchgehen zu verhindern, ohne in der Wahl der Argumente sehr wählerisch zu sein, und ich muß die Wahl dieser Argumente vergleichen auch mit den Appellen, die an die verschiedenen Seiten des Hauses gerichtet worden sind. Gerade so, wie der Abg. Windthorst seine Gründe bald von der einen, bald von der anderen Seite zieht, so muß er auch bald von der einen und anderen Seite seine Bundesgenossen ziehen. Bald will er die Konserverativen, bald die Fortschrittspartei, doch fürchte ich, daß der Appell an die letztere diesmal von größerer Wirkung ist, als der an die Konserverativen. Ich freue mich, daß die Vorlagen so an das Haus gebracht werden können, daß, wer wirklich ein patriotisches Herz hat und die Entwicklung der Reichsorgane will, — ich habe diesen Ausdruck etwas zu weit gegriffen, ich meine jemand mit patriotischem Sinn, ohne dem Andern diesen patriotischen Sinn irgend wie bestreiten zu wollen, — für das Gesetz und damit für die Entwicklung der Verhältnisse stimmen kann. Es giebt Dinge, die schlechthin vernünftig sind, so daß man nicht einer besondern Partei angehören braucht, um damit einverstanden zu sein.

Abg. **Windthorst**: Ich habe zwar bei der zweiten Beratung gesagt, daß die Vorlage nur die bestehenden Verhältnisse gesetzlich fixire, aber nur mit den Einschränkungen, welche ich vorher festgesetzt hatte. Hier werden aber ohne jede Restriktion Vollmachten gegeben, welche die Diskussion fast unmöglich machen, da sich die zukünftige Gestaltung noch gar nicht übersehen läßt. Wenn der Abg. Dernburg gemeint hat, ich hätte eher gegen den Bundesrath gesprochen und dessen Autorität in den Augen der Bevölkerung geschwächt, so habe ich doch eine etwas höhere Meinung vom Bundesrath. Es ist die Pflicht jedes Mannes, der das Föderativprinzip vertritt, darauf aufmerksam zu machen, wenn der Bundesrath von diesem Prinzip abweicht. Meine Freunde und ich stehen allerdings nicht auf dem Standpunkte, immer bloß wohlgefällig zu nicken, wenn vom Bundesrathstische her eine Autorität gesprochen hat für die Streichung der Worte in § 1, „auf Antrag des Reichskanzlers“, waren wir deshalb, weil nach unserem Dafürhalten der Kaiser nicht abhängig gemacht werden kann von einem solchen Antrage. Dieser „Antrag“ ist gegen das monarchische Prinzip und gegen die Verfassung. Eine genauere Bezeichnung der Kategorie, aus welcher die Stellvertreter genommen werden sollen, ist keine Einschränkung, sondern eine Klarstellung des Gesetzes.

Abg. **Hänel**: Auch wir haben gegen die vom Zentrum beantragte Streichung der Worte „auf Antrag des Reichskanzlers“ gestimmt; wir leben aber in der Beibehaltung derselben keine Abschwächung des monarchischen Prinzips. Die Fortschrittspartei hat im Gegentheil eine Stärkung dieses Prinzips gefordert. Den Ausführungen des Abg. Windthorst sieht man die tendenziöse Färbung an. Es ist undenkbar, daß bei einer Stellvertretung des Reichskanzlers der Kaiser ohne den Rath, ja ohne die Initiative des Kanzlers verfahren kann. Gegen den § 1 haben wir bei der zweiten Lesung gestimmt, weil derselbe in der Abstimmung mit § 2 verbunden war. Wir werden heute für § 1, aber gegen § 2 stimmen, jedoch nicht auf Appell des Zentrums, wie Herr Dernburg meint, sondern weil wir bei dem in der ersten Debatte ausgesprochenen Standpunkt verharren, daß die Bezeichnung der einzelnen verantwortlichen Aemter nicht in das einseitige Belieben des Reichskanzlers gesetzt werden darf. Man hat mir vorgeworfen, daß ich dieses Gesetz als ein Gesetz zur Herstellung verantwortlicher Reichsministerien qualifizirt habe; ich habe gerade das Gegentheil davon gesagt und ausgeführt, daß die Vorlage von einem solchen Gesetz noch um eines Horizontes Breite entfernt sei. Wenn jedoch das Gesetz gut einschlägt, so glaube ich auch jetzt noch, daß es zu verantwortlichen Reichsministerien führen kann. Um dieses hohen Werthes willen werden wir mit schwerem Herzen gegen den Gesetzentwurf im Ganzen stimmen.

Abg. **Dernburg**: Der Abg. Windthorst hat aus dem, was ich vorgetragen habe, die Konsequenz ziehen zu sollen geglaubt, es gäbe hier Abgeordnete, die unbedingt zu Allem, was die Autorität sagt, Ja sagen. Wie er aus meiner Rede so etwas herauslesen konnte, das ist wirklich das Geheimniß der vielfachen Betrachtungen, zu denen der Abg. Windthorst so vielfach kommt. Aus meiner Rede kann ein solcher Schluß nicht gezogen werden. Ich bin weder für ein unbedingtes Ja, noch für ein unbedingtes Nein. Dem Abg. Hänel gegenüber muß ich bedauern, daß er aus meiner Rede geschlossen hat, daß eine Folge bei dem Appell des Zentrums bei seiner Partei statfinde. Für uns, die wir nur auf das Resultat sehen, ist es ganz gleichgültig, ob die Herren dem Zentrum folgen oder ob sie nur mit ihm gehen. Ich bedaure, daß bei dem hohen Werth, den er wiederholt diesem Gesetz zugewiesen hat, es prinzipielle Bedenken allgemeiner Art sind, welche ihn davon abhalten, auch die Autorität seiner Zustimmung diesem Gesetze zu geben.

Abg. **Laßler**: Erst heute ist mir klar geworden, warum der Abg. Windthorst und seine Freunde wegen der unschuldigen Worte „der Kaiser ernannt“ die Stellvertreter auf Antrag des Reichskanzlers“ neulich eine namentliche Abstimmung beantragt haben. Die Herren wollten sich dadurch ein historisches Zeugniß zurecht machen, daß sie bei Hofe oder vor dem Lande als die monarchische Partei par excellence kennzeichnen soll. Widerspruch im Zentrum.) Ich sehe daraus, daß die Herren sich mit friedlichen und verständlichen Gesinnungen zu tragen anfangen, eine sehr günstige Wendung, die vielleicht mit großen Ereignissen anderwärts zusammenhängt. Aber es war doch wohl nur ein taktischer Zug der Partei, die lediglich durch den kirchlichen Konflikt zusammengehalten wird, jene Worte zu streichen, an denen weder Liberale noch Konserverative Anstoß genommen haben. Thatsächlich beschränkt wird der Kaiser dadurch nicht, daß er den Stellvertreter nur unter Kontrafignatur ernennen kann, denn er kann den Kanzler entlassen, der die Gegenzeichnung verweigert. Eine besondere monarchische Gesinnung wird dadurch, daß der Kaiser auch ohne Antrag des Kanzlers dessen Stellvertreter soll ernennen dürfen, nicht bewiesen, auch mit allen Mitteln der Dialektik nicht. Herr Windthorst hat der Fortschrittspartei, den Konserverativen, dem Bundesrath die Gründe zugeführt, aus denen sie gegen das Gesetz stimmen müßten; nur die Nationalliberalen giebt er für verloren, für sie weiß er keine Gründe anzugeben. Da erkläre ich nun: ich lege dem Gesetz eine ungemein große Bedeutung bei, nicht weil es den Bundesrath nullifizirt, sondern weil es die Möglichkeit einer geordneten Verwaltung eröffnet, ohne an eine Verfassungsänderung und an die Zustimmung von 14 Mitgliedern gebunden zu sein. Wir machen durch dieses Gesetz einen so großen Fortschritt in unserem Ver-

fassungsleben, wie er seit dem Bestehen unserer Verfassung noch nicht gemacht worden ist. Hört! Hört! Die Zukunft des Reiches hängt nicht davon ab, daß der Bundesrath aus der Verfassung weggeschafft wird. Alle angeblichen Garantien von den wohlwollenden Vorschlägen des Grafen Münster an bis zu der von einer offiziellen sächsischen Zeitung kürzlich vorgeschlagenen Ersetzung des Bundesrathes durch ein Staatenhaus haben keinen sachlichen Boden und sind nicht zu realisiren; denn entweder übertragen sie eine unnatürliche Majorität, die sich jetzt im Bundesrath bilden kann, in ein Parlament oder sie vernichten wirklich durch das Mehrheitsprinzip die einzelnen Staaten. Darum halte ich an der Verfassung fest, die nur an dem großen Fehler leidet, daß sie eine maßhaltige, wohlgeordnete Regierung ausschließt, u. diesen Fehler beseitigt das vorliegende Gesetz, dessen Tragweite eine nicht zu ferne Zukunft beweisen wird. An einer wohlgeordneten Verwaltung hat der Bundesrath dasselbe Interesse wie der Reichstag. Unitarische Gedanken verbindet keiner von uns mit dem Gesetze, dessen Resultate völlig sicher eingeheimst sind; aber wir glauben dem Reiche einen Dienst zu erwiesen, wenn wir die Logik seiner Verfassung mit der Logik der politischen Verhältnisse in dem Wortlaute der Verfassung in Einklang bringen. Ob das Gesetz in seinen einzelnen Aeußerungen gut oder unvollkommen gearbeitet ist, das lassen wir dahingestellt und verstehen manche Einwendung dagegen. Aber selbst Hänel, der mit seiner Partei gegen das Gesetz stimmen zu müssen erklärt hat, erkennt den bedeutenden und werthvollen Kern an, der in ihm liegt. Echt staatsmännische Vorsicht gebietet ihm die Bedeutung eines Gesetzes nicht zu verkleinern, auch wenn er dagegen stimmen muß, um der Zukunft nicht zu schaden.

Abg. **Reichensperger** (Greifeld): Wenn der Abg. Laßler gesagt hat, daß die Mitglieder des Zentrums zur Verbesserung gesonnen seien, so hat er einzelne Momente in unseren Ausführungen ganz übersehen und den Kulturkampf gar nicht erkannt. Bei uns hat es an persönlicher Friedfertigkeit nie gefehlt. Der Kulturkampf, den wir unter uns auf deutsch „Kirchenverfolgung“ nennen dürfen, konnte nur dadurch entstehen, daß man der katholischen Bevölkerung verfassungsmäßig garantierte Rechte entzogen hat. Niemand ist ein Akt thatsächlicher Aggression von Vertretern der katholischen Kirche in Deutschland ausgegangen. Um die Angriffe gegen uns zu erklären, greift man auf Dogmen zurück, die in anderen Staaten unangefochten bestehen (Rufe: Zur Sache.) Ich bin bei der Sache. Sie hören das freilich nicht gern, weil es unabweislich ist. Die in Rom festgestellten Dogmen haben in anderen Staaten kein Unheil angestiftet. Auf diesem Gebiete herrscht eine große Unklarheit, daß neulich der Abg. v. Schmidt-Württemberg erklärte, daß in Württemberg dieselben Kirchengesetze gelten, wie in Preußen. Von unserer Seite sind auf kirchlichem Gebiete niemals Symptome feindlicher Gesinnung aufgetaucht; Niemand wünscht den Frieden feindlicher als wir. (Rufe: Zur Sache!) Der Präsident unterbricht den Redner in demselben Sinne.) Wenn es sich mit dem „Antrage des Reichskanzlers“ so harmlos verhielt, dann wundere ich mich, daß man diese Worte hineinsetzt hat. Es scheint so, als ob man damit die Initiative des Monarchen beschränken will; diese Initiative sollte auch nicht scheinbar angefaßt werden, und es wäre gut, diese Einschränkung fallen zu lassen. Der Abgeordnete Laßler hat niemals für das Föderativprinzip geschwärmt, er huldigt zwar keinen absoluten Unitarismus; aber daß ihm das Föderativprinzip vor allem am Herzen liegt, wird er selbst nicht behaupten. Wir behaupten, daß das Föderativprinzip durch die Vorlage in hohem Maße, insbesondere durch die Konsequenzen, geschädigt wird; wir werden also dagegen stimmen. Wenn wir nur dazu hier sind, um uns zu fügen, wenn eine Autorität am Bundesrathstisch sagt, daß das Gesetz nicht juristisch soll an den Bundesrath, dann können wir in den meisten Fällen zu Hause bleiben.

Damit schließt die Debatte. § 1 wird angenommen gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten; gegen § 2, der ebenfalls angenommen wird, stimmt auch noch die Fortschrittspartei. Die §§ 3 und 4 werden ohne Debatte angenommen. Darauf genehmigt das Haus in namentlicher Abstimmung das ganze Gesetz mit 171 gegen 101 Stimmen.

Es folgt die zweite Berathung des von dem Abg. Dr. Schulze Delitsch vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, auf Grund des mündlichen Berichtes der Kommission.

Referent Abg. **Träger** empfiehlt den Antrag der Kommission: Der Reichstag wolle in Erwägung, daß das Bedürfnis zu einer Revision des Gesetzes, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, überhaupt, insbesondere aber in der Richtung anzuerkennen ist, den Beginn der Mitgliedschaft betretender Genossenschaft, das Rechtsverhältnis aussehender Genossenschaften und den zulässigen Zeitpunkt des sogenannten Umlegungsverfahrens festzustellen, — beschließen: den Reichskanzler aufzufordern, den Entwurf einer Novelle zu dem Gesetze, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in welcher die in dem Antrage des Abg. Dr. Schulze angedeuteten Punkte ihre Berücksichtigung finden, mit thunlichster Beschleunigung auszuarbeiten zu lassen.

Der Antragsteller habe sich in der Kommission selbst mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt, indem er zugab, daß der Nothstand nicht ein solcher sei, daß es nothwendig, eine Flügelformgebung zu machen.

Vom Abg. **Rittinghausen** ist folgender Antrag eingebracht worden: Der Reichstag wolle beschließen, dem Antrage der Kommission in folgender Fassung seine Zustimmung zu geben: der Reichstag wolle in Erwägung, daß das Bedürfnis zu einer Revision des Gesetzes, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften anzuerkennen ist, beschließen, den Reichskanzler aufzufordern, 1. über die in vielen Ortschaften bei Bankbrüchen hervorgetretenen harten Folgen der durch das erwähnte Gesetz eingeführten solidarischen Haft der Genossenschaft eine Berichterstattung mit genauer Berücksichtigung jedes einzelnen Falles durch die betreffenden Behörden zu veranlassen und von dem Ergebnisse dem Reichstage Mittheilung zu machen; 2. den Entwurf einer Novelle zum Gesetze, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften unter Benützung des eingetretenen Materials mit thunlichster Beschleunigung auszuarbeiten zu lassen.

Da der vom Abg. Schulze eingebrachte Gesetzentwurf nicht mehr zur Debatte steht, so entfällt der Zweifel, ob der Antrag Rittinghausen ohne Unterstützung zulässig sei, wie das bei Amendements in zweiter Berathung der Fall ist. Der Präsident v. **Fordenbeck** meint, daß das Haus diesen Zweifel unberücksichtigt lassen könne, weil der Antragsteller in der Voraussetzung, daß der Gesetzentwurf noch vorliege, die Unterstützungsfrage nicht vorbereitet habe.

Abg. **Laßler** protestirt dagegen; um die Form zu wahren, seien seine politischen Freunde bereit, den Antrag zu unterstützen, um ihn zur Debatte zu bringen.

Der Antrag wird von mehreren Nationalliberalen und Ultramontanen unterstützt; von den Sozialdemokraten sind nur Frischke und Rittinghausen anwesend.

Abg. **Windthorst** befürwortet den Kommissionsantrag, denn es sei Sache der Regierung, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Abg. **Rittinghausen** verweist auf die vielen Bankbrüche der Genossenschaften und nimmt auf die Aeußerungen des Abg. v. Ludwig Bezug, die solidarische Haftung über eine nachtheilige Wirkung aus. Derselbe erinnere ihn immer an ein Wort des früheren Abg. v. **Tabden-Trigass**, der da sagte: Ich will volle Pressfreiheit, aber neben jedem Redaktionsbureau einen Galgen. So gehören die Genossenschaften den Arbeitern wohl einen Kredit, aber hinter denselben droht der vollständige Ruin. Eine Prüfung des Verhältnisses sei also nothwendig und wünschenswerth.

Abg. **Nord** zur Rubenau richtet an die Regierung die Bitte, für den Fall der Ausarbeitung des Gesetzes-Entwurfes denselben möglich zu veröffentlichen und gutachtliche Meinungen zu hören.

Abg. **Richter** (Hagen): Ueber den Werth der Genossenschaften mit Solidarhaft braucht nicht erst eine Enquete angestellt zu werden, sondern hat die Thatsache der Tausende von bestehenden Genossenschaften mit Hunderttausenden von Mitgliedern und vielen Millionen von Kapital entschieden. In Form von Aktiengesellschaften würde man

nicht entfernt denselben Kredit gefunden haben, am wenigsten jetzt, nachdem das Publikum mit Aktiengesellschaften so schlimme Erfahrungen gemacht hat. Freilich erlangt man die Vorteile der Solidargenossenschaften nicht ohne entsprechende Pflichtenübernahme. Vom sozialistischen Standpunkt allerdings scheint man dies nicht einzuwenden und verlangt deshalb dort Staatskredit. In jeder Gesellschaftsform können Verluste entstehen und kann Schwindel vertrieben werden. Genossenschaften zu bilden, ist jedem freigestellt; gleichwohl sind in der Schwundzeit die Genossenschaften von Verlusten verhältnismäßig geringer betroffen, als andere Geschäfte. Das verdanken sie ihrem Zusammenhalten, ihrem Austausch von Erfahrungen und der warmen Stimme ihres Anwaltes Schulze. Die Geschäftsführung der bankbrüchig gewordenen Disseldorfer Genossenschaft war von Schulze und den übrigen Genossenschaften längst verurtheilt, bevor der Bankbruch dort eintrat. Ein Exekutivrecht über die Genossenschaften aber steht Schulze nicht zu. Um die Allianz mit dem Abg. v. Ludwig beizubehalten, den Abg. Rittinghausen nicht. Was dieser neulich sagte, war theils überhaupt unwahr oder es war schief oder es ging die Genossenschaften nichts an. Der Abg. v. Ludwig sucht nur bei jeder Gelegenheit hier zu erzählen, was er in seinem Gaggen gelesen hat. Die Sozialisten benutzen die Genossenschaftsform mit der Solidargenossenschaft für die Zeitungspresse; im übrigen suchen sie Misstrauen gegen die Genossenschaften zu erregen, weil sie auf dem Gebiete positiver Leistungen für Arbeiterklasse nicht konfurrirt können. (Abg. Frischke: Doh!) Ja Herr Frischke, wie steht es denn mit Ihrer Zigarrenproduktionsgenossenschaft in Berlin, für welche die Arbeiter 17,000 Thaler zusammengebracht hatten. Das Geld ist unter den Händen verfallen. Sie haben auf diesem Gebiete nichts geleistet, wie mir mitgeteilt wird, sondern die Gelder sind verschunden, ohne daß Rechnung davon abgelegt worden ist. Ich sage damit nur, Sie können auf dem Genossenschaftsgebiete nicht konfurrirt. Da nun die Arbeiter allmählich Ihrer Agitation müde und durch die beständig wiederholten Reden gelangweilt werden könnten, so versuchen Sie, das was andere Parteien ohne jedes politische Interesse auf genossenschaftlichem Gebiete geleistet haben, zu verkleinern. Ich freue mich, daß der Antrag, welcher ein Misstrauensvotum gegen die Genossenschaften enthält im Reichstag eingebracht ist, um demselben Gelegenheit zu geben, letzteren abzulehnen.

Abg. **Frischke**: Der Vorredner hat gesagt, wir Sozialdemokraten wollten nur Rechte, aber keine Pflichten. Den Vorwurf gebe ich Ihnen juristisch, nur im umgekehrten Sinne: denn die fortschrittlichen Genossenschaften legen viel höhere Pflichten auf, als sie Rechte gewähren: ihre Mitglieder ziehen nur Nutzen von den Antheilen, die sie einzahlen, müssen aber mit ihrem ganzen Vermögen haften. Rechte und Pflichten sind also keineswegs richtig abgewogen. Daß der Vorredner persönlich geworden, wundere mich nicht, denn er besitzt eine gewisse Force darin, einzelne Mitglieder dieses Hauses persönlich anzugreifen. Er hat, wie ich annehme, unwissentlich eine Unwahrheit gesagt, als er behauptete, wir hätten keine Rechnung abgelegt. Es ist öffentlich Rechnung abgelegt worden, und ich werde demnächst eine Zeitungsziffer auf den Tisch des Hauses niederlegen, in welcher über eine zur Rechnungslegung einberufene Versammlung ausführlich berichtet wird. Ich habe übrigens nie etwas mit den Geldverhältnissen zu thun gehabt, und so lange ich in der Arbeiterbewegung stehe, seit meinem 20. Jahre, ist noch kein Tüpfelchen von mir veruntreut worden.

Der **Präsident** konstatiert, daß sich die Aeußerung des Abgeordneten Richter nicht auf die Person des Abg. Frischke bezogen habe.

Abg. **Richter** (Hagen) konstatiert in Uebereinstimmung hiermit, daß er einen persönlichen Angriff, den Vorwurf der Veruntreuung, durchaus nicht beabsichtigt, sondern durch den Zwischenruf Frischke's veranlaßt, die Partei des letzteren habe auffordern wollen, statt die Genossenschaften anzugreifen, sich darüber auszuweisen, was aus den von ihnen gestifteten Genossenschaften geworden und wie dieselben zu Grunde gegangen seien.

Abg. **Rittinghausen**: Bei der Einbringung meines Antrages leitete mich nicht sozialistische Motive, sondern einzig und allein die Rücksichten auf das Unglück und das Elend, welches die Bankbrüche rheinischer Genossenschaften über zahlreiche Familien gebracht haben. Herr Richter hat von einer Bundesgenossenschaft unserer Partei mit dem Abg. v. Ludwig gesprochen. Dem gegenüber muß ich konstatiren, daß wir nur bei näher stehenden Parteien Bundesgenossen suchen. Wir sind in der vorliegenden Sache ganz objektiv und gemäßig aufgetreten, aber der Abg. Richter scheint sich die Aufgabe gestellt zu haben, auch dann gegen uns loszuziehen, wenn kein Anlaß dazu vorliegt.

Abg. **Bamberger**: Ich will die tiefgreifende Kontroverse zwischen Solidarhaft und Nichtsolidarhaft heute nicht prinzipiell behandeln, ich will mich bloß dagegen verwahren, daß, wenn man betreffs der Solidarhaft nicht der Ansicht des Abg. Schulze oder Richters ist, man deshalb Sozialist sein müsse. Schon vor Jahren habe ich hier mit dem Abg. Schulze über die Solidarhaft eine Kontroverse gehabt, und die Möglichkeit derselben bestritten. Die seitdem gemachten Erfahrungen haben meine Ueberzeugung nicht modifizirt, und ich könnte zu den Beispielen, die von Deutschland angeführt sind, auch noch sehr wichtige aus Belgien zitiren, wo Gesellschaften viele Millionen von ihren Genossen eintreiben mußten, die durch schlechte Administration verloren gegangen sind. Ich erkenne an, daß die vom Abg. Schulze geleiteten Vereine in großer Blüthe stehen und alle Anerkennung verdienen, aber dies ist nicht der Fall, weil sie Solidarhaft haben, sondern obgleich sie dieselbe besitzen und das Verdienst der Prosperität gebührt nur der gewissenhaften Leitung des Abg. Schulze, wie denn überhaupt das Gedeihen oder Mißlingen der Genossenschaften nur von deren Leitung abhängt. Deshalb bin ich dagegen, daß Mitglieder, die nicht direkt sich an der Leitung beteiligen, sich zur Solidarhaft verpflichten.

Abg. **Richter** (Hagen) entgegnet hierauf, von der Allianz Rittinghausen's und v. Ludwig's habe er nur gesprochen, weil jener selbst sich auf die neulichen Ausführungen v. Ludwig's allgemein bezogen habe. Die Fortschrittspartei fühle sich nicht als die des Sozialdemokraten nächststehende, sondern werde dieselben stets auf das Entschiedenste bekämpfen. Die heutige Rede Rittinghausen's sei nur die Fortsetzung eines Angriffs des Abg. Most auf die Genossenschaften aus dem vorigen Jahre. Dergleichen Angriffe würden alsdann zur sozialistischen Agitation benutzt und müßten deshalb hier zurückgewiesen werden.

Abg. **Schulze-Delitsch** führt aus, daß bei den Genossenschaften, wie bei allen menschlichen Einrichtungen, auch Unglücksfälle vorkommen; in seinen statistischen Nachrichten seien dieselben genau aufgeführt und auch, soweit möglich, die Gründe derselben dargelegt. Aber die Unglücksfälle seien nicht so bedeutend, als man glaube. Ohne die solidarische Haftung sei eine Garantie gar nicht zu erhalten, sonst hätte man dieselbe schon längst anderweitig geregelt. Uebrigens nehmen die Genossenschaften einen bedeutenden Aufschwung; die deutschen Genossenschaften, die sich zusammengethan und in 34 Provinzial- und Unterverbänden organisiert haben, hatten 1876 einen Geschäftsumfang von 527,000,000 M., ein eisernes Kapital von 99,500,000 M. und eine Reserve von 10,000,000 M. Redner bittet das Haus, einer gesetzlichen Regelung des Genossenschaftswesens seine Zustimmung geben zu wollen.

Referent **Träger** empfiehlt die Ablehnung des Antrages Rittinghausen, der dann auch gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten (Frischke und Rittinghausen) abgelehnt wird. Der Antrag der Kommission wird mit großer Majorität angenommen.

Die Allgemeine Rechnung über den **Gaushalt** des deutschen Reiches für das Jahr 1874 werden der Rechnungscommission überwiesen.

Ferner beschließt der Reichstag: Die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer und des Rechnungshofes des Deutschen Reiches für das Jahr 1875 wird, nachdem sie von dem Reichstage geprüft ist, hiermit, soweit sie sich auf die Reichsverwaltung bezieht, dekretirt.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Berichte der Budgetcommission, Petitionen und Wahlprüfungen, zusammen 17)

(Gegenstände.) — Auf Anregung des Abg. Niderst theilt der Präsident von Nordenbeck über seine Dispositionen für die nächste Zeit Folgendes mit: Am Dienstag und Mittwoch (11. und 12. März) soll der Reichstag Sitzung halten und dann erst am Dienstag, den 19. März wieder zusammentreten, diese Geschäftseintheilung sei des Etats wegen, der bis zum 1. April fertig zu stellen ist, notwendig. Der Präsident bittet deshalb, daß die Kommissionsmitglieder nicht wegreisen möchten, denn vom 19. ab müßte der Reichstag täglich Sitzung halten.

Abg. v. Bennigsen hofft, daß der Präsident dem preussischen Landtage noch etwas mehr Zeit, mindestens noch die ganze nächste Woche freigegeben werde, damit er die wichtigen Ausführungsgeetze erledigen könne.

Abg. Windthorst glaubt ebenfalls, daß an ein Zusammenkommen beider Parlamente vom Montag ab nicht gedacht werden könnte, weil der preussische Landtag dann sehr wichtige Dinge zu erledigen hätte.

Abg. v. Kardorff hält es für unmöglich, daß die Budgetkommission während des Tages des Landtages Sitzung hält, da die beiden Präsidenten derselben (v. Bennigsen und Lucius) im Abgeordnetenausschusse beschäftigt seien.

Die Entscheidung über diese Frage wird am Schluß der Mittwochsitzung erfolgen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. März.

r. Die Rechtsanwälte und Notare des Departements Posen waren gestern Vormittag unter Vorsitz des Appellationsgerichts-Vizepräsidenten, Geh. Ober-Justizraths Lohmann, im Appellationsgerichts-Gebäude zu einer Sitzung zusammengetreten. In derselben wurden an Stelle von ausgeschiedenen Mitgliedern und Stellvertretern in den Ehrenrath auf 6 Jahre gewählt resp. wiedergewählt: Rechtsanwalt Vater in Kempen als Mitglied, Rechtsanwalt Klemme in Posen und Justizrath Gerlach in Samter als Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des Ehrenraths wurde an Stelle des verstorbenen Justizraths Janetzki Justizrath Pilet in Posen gewählt. An die Sitzung schloß sich eine gemeinsames Diner in Nylus' Hotel.

Regierungsrath Lucht, welcher erst vor Kurzem hierher versetzt war, ist zur Landdrostlei Plesburg wieder versetzt und an seine Stelle Assessor v. Duering der Regierung hieselbst überwiesen worden. Seit Neujahr d. J. ist statt des nach Magdeburg versetzten Regierungsrath Kalisch der zum Regierungsrath ernannte Landrath des bitburger Kreises Borchert als neues Mitglied ins Regierungsrath-Kollegium eingetreten.

Garnison-Bau-Inspektor Niederstetter aus Potsdam ist an Stelle des nach Potsdam versetzten Garnison-Bau-Inspektors Böhle hierher versetzt worden und hat seine Stellung bereits angetreten.

Die kostener Zeugniszwangsaffäre macht wieder von sich reden. Frau Dr. Wojanowska, welche wegen Zeugnisverweigerung in Sachen des Propstes Gieschowski aus Grynawa bereits mehrmals mit Geldstrafen belegt worden ist, hat, wie dem „Kurier Bomanowski“ mitgeteilt wird, bei Androhung einer Geldstrafe von 200 Mark eine neue Vorladung zum 14. d. M. erhalten.

Aus den Listen einer von einem ungenannten Patrioten gegründeten Stiftung, deren Kapital aus 4650 M. in zinstragenden Papieren besteht, werden nach dem Wunsche des Stifters alljährlich am Geburtsstage des Kaisers und Königs 10 hilfsbedürftige Veteranen der Feldzüge von 1813/15 beschenkt. In diesem Jahre sollen u. A. aus unserer Provinz die Veteranen Josef Kohn aus Kolmar, Regierungsbezirk Bromberg, Josef Martin Sobieski aus Binne, Kreis Samter u. Daniel Frank aus Lasch, Kreis Schildberg, mit einem Geldgeschenke von je 15 M. bedacht werden. Die Behändigung desselben erfolgt durch Vermittelung der betreffenden königl. General-Kommandos.

In den hiesigen städtischen Volksschulen wird das neue Schuljahr mit Rücksicht darauf, daß mancherlei Umgestaltungen vorzunehmen sind, die nach den in diesem Jahre ungewöhnlich spät fallenden Osterferien schwer auszuführen sind, diesmal schon mit dem 1. April d. J. beginnen. Das alte Schuljahr wird demnach bereits Sonnabend den 30. d. Mts. geschlossen werden, das neue Montag den 1. April beginnen; in sämtlichen städtischen Volksschulen finden daher die öffentlichen Prüfungen bereits in diesem Monate statt. Die Umgestaltungen werden vornehmlich durch die Einrichtung der Stadtschule IV. (St. Martins- und Löpferstraße) herbeigeführt, da eine große Anzahl von Schültern, welche bisher die Stadtschulen I. und II. besuchten, mit Beginn des neuen Schuljahres in die neue Schule zu überführen ist; auch treten mit Anfang des neuen Schuljahrs mehrere neue Lehrkräfte ein.

Die diesjährige Pferde- und Rindvieh-Prämierung wird für den Kreis Posen am 25. Mai abgehalten werden.

Z. Irtschkegel, 10. März. [Schulamtliches.] Das Referat in Nr. 169 d. Ztg., betreffend die Befehle der hiesigen jüdischen Lehrkräfte, muß ich dahin berichtigen, daß Lehrer Lauser in Jaroschin seine Bewerbung zurückgezogen hat. Der Schulvorstand hat deshalb Lehrer Becker aus Krotoschin gewählt, welcher sein Amt hieselbst schon am 1. Mai c. zu übernehmen gedenkt.

Neutomischel, 10. März. [Fahrmarkt Pferde- und Rindvieh.] Der am 7. d. M. hiersort abgehaltene Fahrmarkt war von Verkäufern und Käufern nur mäßig besucht. Das stürmische Wetter, welches am Fahrmarktstage wüthete, hat auf den Besuch des Marktes sehr nachtheilig eingewirkt, die Gewerbetreibenden, welche ihre Waaren zum Verkaufe ausgelegt hatten, erzielten nur geringe Einnahmen. Auf dem Viehmarkte war der Verkehr etwas lebhafter. Pferde, besonders gute Alderperde, waren ziemlich zahlreich zum Verkauf gestellt und fanden zu hohen Preisen viele Abnehmer. Auch auf dem Rindviehmarkte war ein recht reger Geschäftsverkehr wahrzunehmen. Die in ziemlich bedeutender Anzahl aufgetriebenen Rinder, namentlich Milchkuhe, wurden von den Landwirthen und Händlern viel begehrt und erzielten sehr gute Preise. Schlachtvieh war nur in geringer Anzahl zum Verkauf gestellt und wurde, weil viel begehrt, zu hohen Preisen bald verkauft. — Die Pferdenußierung für die Stadt und den Polizei-Distrikt Neutomischel findet am 15. dieses Monats hieselbst statt.

Strelno, 7. März. [Erlöschen des Typhus.] Triphus (Typhus) gegen den hier vor einiger Zeit stark aufzutretenden Fleckentypus waren von Seiten des Magistrats in anerkennenswerther Weise alle nur möglichen Vorkehrungsmaßregeln getroffen worden, so daß ich heute bereits das vollständige Erlöschen der Epidemie konstatiren kann. Es ist seit länger als acht Tagen kein neuer derartiger Erkrankungsfall vorgekommen. — Gestern fand der Fleischbeschauer Tallas in einem vier Zentner schweren Schweine, welches der Fleischer Barcikowski von dem Amte Waldau angekauft hat, eine ungeheure Menge Trichinen vor, so daß die sofortige Vergrabung des infizirten Fleisches notwendig wurde. (B. Z.)

Bromberg, 11. März. [Dammbruch.] Am Sonntag, den 10. Abends gegen 8 Uhr, ist der neuerbaute Hafensamm am Hüßel des Besitzers Baumgart in Dt. Fordon, an der sogenannten Jubendecke in einer Breite von ca. 100 Schritt von der Weichsel durchbrochen und der eine Theil des Hafens mit Maschine, Buden u. total überschwemmt worden.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 11. März. Es fanden zum Verkauf: 3028 Rinder, 5733 Schweine, 1095 Kälber, 12362 Hammel. — Trotz der schon seit einiger Zeit im Geschäft für Rinder herrschenden Gedrücktheit, war der heutige Anstreich wieder zu stark angefallen, so daß der Markt nicht geräumt und die letzten Preise nur mit Mühe erreicht wurden: Ia. 58-60, Ia. 48-51, Ia. 30-33 M. per 100 Pfd. Schlachtgewicht. Besser gestaltete sich der Markt für Schweine; deren Anzahl um ca. 800 Stück geringer war, als vor 8 Tagen; wenn schon die in Folge dessen etwas zu hoch geschraubten Forderungen der Verkäufer nicht bewilligt wurden, verlief das Geschäft doch leblich glatt: Ia. 51-52, Ia. 48-49,50, Ia. 42-43 Mark per 100 Pfd. Schlachtgewicht. Verkäufer gingen ein wenig zurück: 48 M. per 40-50 Pfund Tara. Kälber verblieben bei sehr schleppendem Handel auf den geringen Preisen von 30-45 Pf. pr. Pfund Schlachtgewicht. Hammel wurden wieder zu drei Vierteln von den Exporteuren akquirirt. Für den Rest des Anstreiches zog sich der Markt sehr in die Länge, da die Schlächter nur unter Gefahr pekuniären Verlustes die geforderten Preise bewilligen konnten: Ia. 25-26, Ia. 19-21 M. pr. 45 Pfund. Geringe Waare war nicht veräußert.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 11. März. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 7. März.

Aktiva.	
1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet	Mt. 515,500,000 Abn. 8,070,000
2) Bestand an Reichskassenscheinen	38,369,000 Abn. 634,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	6,232,000 Abn. 2,093,000
4) Bestand an Wechseln	324,051,000 Abn. 1,543,000
5) Bestand an Lombardforderungen	51,317,000 Abn. 2,443,000
6) Bestand an Effekten	341,000 Abn. 14,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	30,528,000 Zun. 3,886,000
Passiva.	
8) das Grundkapital	Mt. 120,000,000 unändert.
9) der Reservefonds	13,072,000 unändert.
10) der Betrag der umlaufenden Noten	612,179,000 Abn. 8,900,000
11) die sonstigen täglich fäll. Verbindlichkeiten	186,000,000 Abn. 6,680,000
12) die an eine Kündigungfrist gebundenen Verbindlichkeiten	15,181,000 Zun. 69,000
13) die sonstigen Passiven	8,574,000 Zun. 4,026,000

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 11. März. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Konstantinopel gemeldet, daß sich der Sultan in Folge der Aufregungen der letzten Wochen unwohl befindet, doch gebe der Zustand desselben zu keinen Besorgnissen Anlaß. — Aus Cetinje geht derselben Korrespondenz die Nachricht zu, daß die montenegrinische Armee demnächst wieder auf Friedensfüße gesetzt werden solle; die russischen Ambulanzen würden aufgelöst, die fremden Aerte entlassen werden. Die Montenegroer würden ihre bisherigen Stellungen bis zur Publikation des Friedensvertrages inne behalten, wogegen die Türken bereits in den nächsten Tagen mit der Räumung der abzutretenden Gebietstheile beginnen sollen. — Nach einer weiteren Meldung der „Politischen Korrespondenz“ aus Belgrad verlautet dort gerüchweise, der General Leschanin, dessen Ankunft am Mittwoch in Belgrad erwartet werde, würde sich alsbald in einer vertraulichen Mission nach Cetinje begeben. — Ein Telegramm der „Polit. Korresp.“ aus Bukarest meldet: Der Finanzminister hat mit der Banque de Roumanie ein Abkommen getroffen wegen Zahlung der am 1. April in Paris fällig werdenden Coupons der 5proz. rumänischen Rente im Betrage von 1,100,000 Frks.

Konstantinopel, 11. März. Ein Telegramm des Gouverneurs von Janina meldet, die griechischen Freiwilligen in Epirus hätten eine vollständige Niederlage erlitten, die Ruhe sei dort vollständig wiederhergestellt. — General Sapet ist zum Gouverneur von Tripolis ernannt worden. — Mehmet Ali Pascha soll für die Dauer der Abwesenheit Keouf Paschas interimistisch die Geschäfte des Kriegsministers übernehmen.

Athen, 11. März. Nach hier eingegangenen Nachrichten haben sich die Aufständischen in Mazedonien der Städte Plotamona und Thapsan bemächtigt, die Verbindung zwischen Mazedonien und Thessalien unterbrochen und die Annexion an Griechenland ausgesprochen. Die Aufständischen in Epirus dagegen verlangen Hilfe.

London, 10. März. Heute fand im Hydepark abermals ein großes, von 30,000 bis 40,000 Personen besuchtes Meeting statt, in welchem sehr lebhaft Demonstrationen für und gegen den Krieg gemacht wurden. — Gladstone hat in einer an den Präsidenten des liberalen Komitees in Greenwich, Jolly, gerichteten Zuschrift erklärt, daß er, sobald neue Parlamentswahlen ausgeschrieben werden sollten, nicht mehr als Parlamentarier kandidiren werde.

Rom, 10. März. Cairoli hatte abermals zwei Audienzen bei dem Könige und konferirte längere Zeit mit dem General Cialdini, welcher vorher von dem Könige empfangen worden war. Wie berichtet wird, soll Cairoli auch mit Sella eine Besprechung gehabt haben.

Rom, 10. März. Die Deputirtenkammer hat Defanctis, Mavrogonato, Farini und Villa zu Vizepräsidenten gewählt; außerdem wurden 6 Sekretäre gewählt. Der König hatte heute mit mehreren Personen aus politischen Kreisen, darunter auch mit Cecilio, Besprechungen. Der Präsident der Deputirtenkammer, Cairoli, welcher mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt wurde, hat diese Mission angenommen.

Rom, 11. März. Der Staatssekretär Kardinal Franchi theilte dem Kaplan des Königs Humbert mit, daß der Papst seine Thronbesteigung in Rom nicht habe offiziell notifiziren können, da solcher Schritt gegen den kirchlichen Gebrauch verstoße. — Nach hier eingegangenen Nachrichten hat die französische Regierung auf eine bezügliche Anfrage des päpstlichen Nuntius in Paris erklärt, daß die Abberufung des Botschafters Vaude in keinem Zusammenhange mit den Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan stünde, die dieselben bleiben sollten, wie zuvor. Vaude werde durch einen dem Vatikan genehmen Diplomaten ersetzt werden. — Ueber die Bildung des neuen Kabinetts liegen auch jetzt noch keine zuverlässigen Mittheilungen vor. Die Verhandlungen dauern fort.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 11. März. Still. [Schluß-Kurse.] Lond. Wechsel 20, 41. Pariser Wechsel 81, 22,

Wiener Wechsel 170, 30. Böhmische Westbahn 151. Elisabethbahn 144. Galizier 207. Franzosen* 221. Lombarden* 63. Nordwestbahn 94. Silberrente 56. Papierrente 53. Russ. Bodenkredit 76. Russ. 1872 — R. Russ. 84. Amerikaner 1885 100. 1860er Loose 106. 1864er Loose 254, 80. Kreditaktien* 197. Deuterr. Nationalbank 68, 00. Darmst. Bank 109. Berliner Banker. — Frankfurter Wechselbank — Deuterr.-deutsche Bank — Meiningen Bank 74. Hess. Ludwigsbahn 79. Oberhessen — Ung. Staatsloose 151, 80. Ung. Schatzanw. alt 100. do. neue 95. do. Oest.-Ostl. II 63. Centr.-Bacfic — Reichsbank 155. Reichsanl. 96. Deft. Goldrente 63. Ung. Goldrente 76.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 197, Franzosen 221, 1860er Loose —, Galizier —, ungar. Goldrente —, ungar. Schatzanw. I. Emitt. —, do. II. Emitt. —, Lombarden —, Österreich. Goldrente 63, Silberrente 57, Papierrente —, Reichsbank —, Neueste Russen —. Still.

*) per medio resp. per ultimo.

Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 197, Franzosen —, 1860er Loose —, Galizier —, ungar. Goldrente —, ungar. Schatzanw. I. Emitt. —, do. II. Emitt. —, Lombarden —, Österreich. Goldrente 63, Silberrente 57, Papierrente —, Reichsbank —, Neueste Russen —. Still.

Wien, 11. März. Die Geschäftsstille drückte auf die Spekulationswerthe, Bahnen behauptet, Devisen unändert.

[Schluß-Kurse.] Papierrente 62, 80. Silberrente 67, 00. 1864er Loose 107, 50. Nationalbank 800, 00. Nordbahn 1987, 50. Kreditaktien 232, 50. Franzosen 258, 50. Galizier 243, 50. Kasch.-Oderberg 104, 00. Pardubitzer 90, 50. Nordwestb. 109, 50. Nordwestb. Lit. B. —. London 119, 05. Hamburg —. Paris 47, 30. Frankfurt —. Amsterdam 98, 20. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 162, 01. 1860er Loose 111, 50. Lombarden 74, 75. 1864er Loose 136, 00. Unionbank 66, 75. Anglo-Austr. 103, 25. Napoleons 9, 48. Dutaten 5, 59. Silbercoup. 105, 00. Elisabethbahn 170, 55. Ung. Prämienanl. 77, 50. Marknoten 58 5/8. Türkische Loose 13, 80. Deuterr. Goldrente 74, 60. Ung. Goldrente 89, 85.

Wien, 10. März. Privatverkehr. Kreditaktien 232, 90. Franzosen 259, 50. Galizier 243, 75. Anglo-Austr. 103, 50. Nordwestbahn —. Lombarden —. Papierrente 62, 95. Goldrente 74, 65. ungar. Goldrente 89, 90. Marknoten 58, 55. Napoleons 9, 49. Still.

Wien, 11. März. Offizielle Notirungen: Silberrente —, 1860. Loose 111, 75, 1864er Loose —, ungar. Prämienloose 76, 75. Dutaten —, Nationalbank —, Nordbahn —, Elisabethbahn 169, 25.

Wien, 11. März. Abendbörse. Kreditakt. 232, 30. Franzosen 258, 75. Galizier 243, 75. Anglo-Austr. 102, 50. Lombarden —, Silberrente —, Papierrente 62, 75. Goldrente 74, 50. Marknoten 58, 55. ungar. Goldrente 89, 75. Nationalbank —, Napoleons 9, 49. Sehr still.

Venezia, 11. März. 5proz. Italienische Rente 80, 87. Gold 21, 85. Paris, 11. März. Rubig.

[Schluß-Kurse.] Oest. Rente 74, 47. Anleihe de 1872 110, 35. Italienische 5proz. Rente 73, 97. do. Tabakaktien —. do. Tabakobligationen —. Franzosen 551, 25. Lombard. Eisenbahn-Akt. 162, 50. do. Prioritäten 239, 00. Türken de 1865 8, 45. do. de 1869 44, 10. Türkenloose 31, 20. Deuterr. Goldrente 64. Ungar. Goldrente 76.

Credit mobiler 165. Spanier extor. 13. do. inter. 12. Suezkanal-Aktien 765. Banque ottomane 355. Societe generale 470. Credit foncier 646. neue Egypter 155. Deuterr. Goldrente —. Wechsel auf London 25, 14.

London, 11. März. Bonols 95. Ital. 5proz. Rente 73. Lombarden 6 1/8. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9. 5proz. Russen de 1871 82. do. de 1872 84. do. 1873 84. Silber 54. Thlr. Anleihe de 1865 8 1/2. 5proz. Türken de 1869 —. 5proz. Vereinigt St. pr. 1865 —. do. 5proz. fund. 105. Deuterr. Silberrente 57. Deuterr. Papierrente 54. 6proz. ungar. Schatzbonds 101. 6proz. ungar. Schatzbonds II. Emitt. 93. 6proz. Peruaner 14. Spanien 13. Blagobistont 2 pct.

Produkten-Course.

Danzig, 11. März. [Getreide-Börse.] Wetter: trübe und feucht, ab und zu Schneefall. Wind: N.

Weizen loco ist am heutigen Markte reichlich zugeführt gewesen, auch zeigte sich zu gedrückten Preisen gute Kauflust bei der gebotenen günstigen Qualitäts-Auswahl; die feineren Sortungen brachten aber noch ziemlich letzte Preise. Im Allgemeinen jedoch wurde zum Schluß des Marktes die Stimmung flau. Bezahlt wurde für Sommer-117/8 Pfd. 186 M., 127/8 Pfd. 194 M., unt und hellfarbig 123-125 Pfd. 210 M., roth strenge 129/30 Pfd. 205 M., glaskl. 125 Pfd. 217 M., hellbunt 123-127 Pfd. 220-222 M., hochbunt glaskl. 125-132 Pfd. 223-227 M. per Tonne. Von russischen Weizen war die heutige Zufuhr recht groß, doch machte sich für die rothen Sorten eine flauere Stimmung vom Beginn des Marktes an dafür bemerkbar. Der Verkauf war demnach ein sehr schwerer selbst zu billigeren Preisen und Meeresweizen mußte unterkauft bleiben. Die hellen und besseren Sortungen brachten ziemlich letzte Preise und ist bezahlt für roth Winter- naß 110-118 Pfd. 170-182 M., roth best 118-128 Pfd. 175-180 M., roth milde feucht 114/5 Pfd. 175 M., Gbirka 120, 122 Pfd. 187 M., roth Winter- 122-129 Pfd. 195-198 M., roth milde 124-133 Pfd. 198-210 M., polnisch Oessa 126/7 Pfd. 200 M., rothbunt 120 Pfd. 203 M., bunt best 119-124 Pfd. 195-206 M., dunkel glaskl. 121/2 Pfd. 201 M., glaskl. best 124-126 Pfd. 209-215 M., hellfarbig best 121/2 Pfd. 212 M., Sendomirka hellbunt best 125 Pfd. 218 M., hellbunt 123/4 Pfd. 220 M., hellbunt 124-128 Pfd. 221, 222 M., fein hellbunt 126/7 Pfd. 224 M., 128/9 Pfd. 228 M., weiß 104-109 Pfd. 175-188 M., weiß 125/6 Pfd. 230 M. per Tonne. Termine rubig, April-Mai 212 M. Br., Mai-Juni 215 M. Br., 213 M. Gd., Juni-Juli, 220 M. Br., 215 M. Gd. Regulirungspreis 213 M.

Roggen loco matter, unterpolnischer und inländischer ist 121 Pfd. 133, 134 M., 124/5 Pfd. 137 M., 125 Pfd. 138 M., 126 Pfd. 140 M., 128 Pfd. 143 M., russischer 116 Pfd. 127 M., 120 Pfd. 130 M. per Tonne verkauft. Termine inländischer März April 135 M. Br., unterpolnischer und inländischer April-Mai 136 M. Br. Regulirungspreis 132 M. — Gerste loco große 107/8 Pfd. brachte 164 M., russische ist 112 Pfd. 164 M., 101-108 Pfd. 130-150 M., 102 Pfd. 128 M., Futter- 100-106 Pfd. 118, 119 M. per Tonne verkauft. — Erbsen loco Victoria 160 M., russische grüne 162 M. per Tonne verkauft. — Leinfaat loco russische 216 M. per Tonne bezahlt. — Spiritus ohne Angebot.

Hamburg, 9. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco flau, auf Termine rubig. Roggen loco still, auf Termine rubig. Weizen pr. April-Mai 207 Br., 206 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kil. 211 Br., 210 Gd. Roggen pr. April-Mai 147 Br., 146 Gd. pr. Juni-Juli pr. 1000 Kil. 146 Br., 145 Gd. Safer rubig. Gerste flau. Rübsl matt, loco 71, pr. Mai pr. 200 Pfd. 69. Spiritus rubig, pr. März 42, pr. April-Mai 43 pr. Mai-Juni 44, pr. Juni-Juli pr. 1000 Liter 100 pct 44. Kaffee rubig. Umsatz 3000 Sack. Petroleum beh., Standard white loco 11, 00 Br., 10, 80 Gd., pr. März 10, 75 Gd., pr. August-December 12, 20 Gd. Wetter: Regnerisch.

Bremen, 11. März. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 80, pr. April 11, 00, per Mai-Juni 11, 20, per August-December 12, 10.

Wien, 11. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23, 00. fremder loco 22, 50, pr. März 21, 65, pr. Mai 21, 10, pr. Juli 21, 00. Roggen, loco 16, 00, pr. März 14, 15, pr. Mai 14, 50, pr. Juli 14, 55. Safer loco 15, 25, pr. März 14, 50. Rübsl loco 35, 00, pr. Mai 34, 70, pr. October 34, 20.

Wett. 11. März. Productenmarkt. Weizen loco Kauflust, Termine schwach, per Frühjahr 10, 77 Gd., 10, 80 Br. Safer per Frühjahr 6, 50 Gd., 6, 55 Br., Mais, Banat per Herbst 7, 25 Gd., 7, 30 Br. Wetter: —.

Produkten-Börse.

Berlin, 11. März. Wind: NW. - Barometer: 28. - Thermometer: 3 R. - Witterung: Veränderlich.

Weizen loco per 1000 Kilogramm R. 185-225 nach Qualität gef. per diesen Monat - bez. per April-Mai 201,5-202 bez. per Mai-Juni 203,5 bezahlte, per Juni-Juli 205-205,5 bez. per Juli-August 206-205,5 bez. - Roggen loco per 1000 Kilogr 132-147 R. nach Qualität gefordert, russischer 132-136,5 ab Bahn bezahlte, feuchter do. - do. - mährischer 140-145 do. per diesen Monat - per April-Mai 143,5 bezahlte, per Mai-Juni 142,5-142 bez. per Juni-Juli do. per Juli - Gerste loco per 1000 Kilogramm R. 130-200 nach Qualität gef. - Hafer loco per 1000 Kilogramm 95-165 nach Qualität gef. ost- und westrussischer 120-138, russischer 105-138, sächsischer 130-138, schlesischer 127-138, sächsischer - böhmischer 127-138, feiner russischer 143-148 ab Bahn bez., per diesen Monat - bezahlte, per April-Mai 137,5 bezahlte, per Mai-Juni 139,5 bez., per Juni-Juli 143 bez. - Erbsen per 1000 Kilogramm Roggenware 155-195 nach Qualität, Futterware 136-153 nach Qualität. - Rapz per 1000 Kilogramm - ba. - Rübsen - bez. - Keimöl loco per 100 Kilogr. ohne Fass 60 bez. - Rüböl per 100 Kilogr. loco ohne Fass 66,5 bez. mit Fass - bez. per diesen Monat 66,5 bez., per März-April 66,5 bezahlte, per April-Mai 66-66,3 bez., per Mai-Juni 66,1-66,8 bez., per Juni 66,5 bez., per Juli-August - bezahlte, per September-Oktober 64,4-64,6-64,5 bezahlte. - Petroleum (russin.) (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass loco 24,7 bez., per diesen Monat 24,3 bez., per März-April - bez., per April-Mai - bezahlte, per September-Oktober 26 bezahlte. - Spiritus per 100 Lit. a 100 pvt. = 10,000 pvt. ohne Fass 52,3

bezahlt, per diesen Monat 52,1 nom., per März-April do., per April-Mai 52,3-52,2 bezahlt, per Mai-Juni 52,6-52,4 bez., per Juni-Juli 53,6-53,1 bezahlt, per Juli-August 54,6-54,4 bezahlt, per August-September 55,1-55,9 bezahlt. - Mais per 1000 Kilo loco alter 142-147 bezahlt, do. neuer - besser moldauer - def. russischer - geringer russ. - rumänischer 142-145 ab Bahn bez., defekter - bez. do., erquillter. - Roggenmehl Nr. 0 a 1 per 100 Kilogramm Brau- incl. Sack per diesen Monat 19,40 bez., per März-April do., per April-Mai 19,55 bezahlt, per Mai-Juni 19,70 bezahlt, per Juni-Juli 19,90 bezahlt, per Juli-August 20 bez. - Mehl Nr. 0 28,00-27,00, Nr. 0 und 1 26,50-25,50. Roggenmehl Nr. 0 22,25-20,25, Nr. 0 und 1 19,75-18,00 per 100 Kilogr. Brutto incl. Sack. (S. u. S. 31a.)

Stettin, 11. März. An der Börse. (Antischer Bericht) Wetter: Regnis, Nacht Schnee, + 3° R., Barometer: 28. 3. Wind: West.

Weizen Termine fest, loco unverändert, per 1000 Kilo loco gelber geringer 170 bis 179 R., mittel 185-199 R., feiner bis 204 R., weißer geringer 176 bis 190 R., mittel 192-203 R., feiner bis 210 R., per Frühjahr 205,5-204,5-205 R. bez., per Mai-Juni 206,5 R. bez., per Juni-Juli 207,5-208 R. bez. - Roggen matt, per 1000 Kilo loco inländischer 130 bis 137 R., russischer 130-136 R., per Frühjahr 139,5-139-139,5 R. bez., per Mai-Juni 140 R. bez., per Juni-Juli 141 R. bez. - Gerste stille, per 1000 Kilo loco Brau- 160-174 R., Futter- 120-138 R. bez. - Hafer stille, per 1000 Kilo loco alter 146-156 R., neuer 120-135 R. - Erbsen ohne Handel. - Wintererbsen geschäftslos, per 1000 Kilo per September-Oktober 295 R. Br. - Rüböl behauptet, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 71 R. Br., per März, 69 R. Br., per April-Mai

68 R. Br., per Mai-Juni 68,5 R. Br., 68,25 R. Br., per September-Oktober 64,7 R. Br. u. Br. - Spiritus wenig verändert, per 1000 Liter loco ohne Fass 51 R. bez., mit Fass - M. bez., per Frühjahr 51-50,9 R. bez., per Mai-Juni 51,8 R. Br. u. Br., per Juni-Juli 53-52,8 R. bez., Br. u. Br., per Juli-August 53,7 R. Br. u. Br., per August-September 54,2 R. Br. u. Br. - An gemeldet: Kraits. - Neuanfangspreise: Roggen - R. Rüböl 69 R. - Petroleum loco 11,9 R. bez., Regulierungspreis 1,9 R. (Offiz. 31a.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen, 1878.

Table with columns: Datum, Stunde, Barometer 300' über der Höhe, Therm., Wind, Wolkensform. Data for 11 and 12 March.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. März Mittags 3,06 Meter. 11. 3,04

Berlin, 11. März. Der gestrige Privatverkehr ist fast vollständig geschäftlos und eher matt verlaufen. Doch waren die Coursveränderungen gegen Sonnabend außerordentlich unbedeutend. Auch heute fehlte dem Verkehr jede Anregung. Die Forderung Englands, die Friedensbedingungen vor der Konferenz präzisirt zu sehen, hatte die Spekulation verstimmt; auch sonst lagen Vennrubigungen vor; indessen die Cours-herabsetzungen der leitenden Papiere entsprachen keineswegs dem Grade, welchen man von tatsächlichen Störungen hätte erwarten müssen. Kreditaktien stellten sich etwa 2 R. schlechter, und die übrigen Spielpapiere setzten unbedeutende Kleinigkeiten niedriger ein. Doch war das Angebot durchaus nicht dringend und das

Geschäft bewegte sich selbst in russischen Anleihen und anderen fremden Renten in den allerengsten Grenzen. Russische Noten verloren etwa 1 R. Laurabütte und Diskontokommandit Antheile blieben vernachlässigt. Etwas bessere Beachtung fanden Rheinisch-Westfälische Eisenbahn Aktien auf die sehr günstige Wagen-Bestellung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft in der zweiten Hälfte des Monats Februar. Dieselben zogen etwa 1/2 pCt an. Auch andere Eisenbahnpapiere, namentlich rumänische, lagen recht fest. Bank- und Industriepapiere fanden wenig Beachtung; Dortmund Union zog in Folge günstiger Mitteilung über die Ergebnisse des ersten Geschäftshalbjahres die Aufmerksamkeit der kleinen Spekulanten auf sich. An-

lagenerthe lagen fest, aber sehr still. Deutsche Anleihen, Pfand- und Rentenbriefe traten in regelmäßigen Verkehr; Prioritäten waren wenig verändert und selbst ausländische sehr still. Die zweite Stunde verlief in großer Stille, aber ziemlich fest. Per Ultimo handelte man Franzosen zu 42-4, Lombarden zu 126,50, Kreditaktien zu 395,50-5-6, Laurabütte zu 71,50-71,60, Diskontokommandit-Antheile zu 117,75-118,25-118,10. Stettiner gewannen 0,50, Potsdamer 0,40, Anhalter 1/4, Köln-Münster 1, Dortmund Union 0,90, Egestorf 1,50. Bonifacius verlor 2, Bergisch-Märkisches Bergwerk 1. Der Schluss war ganz geschäftslos und tendenzlos.

Kontos- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 11. März 1878.

Preussische Fonds und Geld-Course.

Table listing various Prussian bonds and interest rates, including items like 'Consol. Anleihe', 'Staats-Anleihe', 'Rheinische Eisenbahn', etc.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Russia, and others.

Deutsche Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing German railway stocks from companies like 'Bayerische Eisenbahn', 'Preussische Eisenbahn', etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks from other regions like 'Sächsisch-Mährische Eisenbahn', 'Böhmische Eisenbahn', etc.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table listing railway preference shares from various companies.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign preference shares from companies like 'Russische Eisenbahn', 'Österreichische Eisenbahn', etc.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and interest rates, including 'Preussische Anleihe', 'Rheinische Eisenbahn', etc.

*) Wechsel-Course.

Table listing exchange rates for various locations like London, Paris, and others.

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel.

Text describing the interest rate for Reichsbank exchange, mentioning locations like London and Paris.

Bank- und Credit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks from companies like 'Bank für Handel und Industrie', etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks from companies like 'Brauerei', 'Zuckerfabrik', etc.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Table listing railway preference shares from companies like 'Preussische Eisenbahn', etc.